LANDKREIS REUTLINGEN

Satzung zur Änderung der Gebührensatzung

vom _____

Aufgrund von § 3 der Landkreisordnung vom 19.06.1987 (GBl. S. 288), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.04.2013 (GBl. Seiten 55), §§ 11 bis 16 des Kommunalabgabengesetzes vom 17.03.2005 (GBl. S. 206), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2013 (GBl. S. 491) und § 19 Abs. 2 des Straßengesetzes für Baden-Württemberg vom 11.05.1992 (GBl. S. 330 ber. S. 683), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.01.2014 (GBl. S. 49), hat der Kreistag des Landkreises Reutlingen am _____ folgende

GEBÜHRENSATZUNG

beschlossen:

Artikel 1

Änderung der Gebührensatzung

Die Gebührensatzung vom 24.10.2011 wird wie folgt geändert:

Die §§ 3, 5, 9, 10, 12, 13, 15 und 16 der Gebührensatzung erhalten folgende neue Fassung:

§ 3

Gebührenhöhe

- (1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. Für öffentliche Leistungen, für die in dieser Satzung, im Gebührenverzeichnis oder in anderen Rechtsvorschriften weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch eine Gebührenfreiheit vorgesehen ist, wird eine allgemeine Verwaltungsgebühr von 10 Euro bis 10.000 Euro erhoben.
- (2) Ist eine Verwaltungsgebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand sowie nach der wirtschaftlichen oder sonstigen Bedeutung für den Gebührenschuldner zum Zeitpunkt der Beendigung der öffentlichen Leistung.
- (3) Für die Vornahme einer öffentlichen Leistung, die jemand mutwillig beantragt oder erschwert, wird eine besondere Verwaltungsgebühr von 10 Euro bis 6.000 Euro erhoben, wenn dadurch ein besonderer Verwaltungsaufwand verursacht wird. Dies gilt auch für öffentliche Leistungen, für die eine Verwaltungsgebühr nicht zu erheben wäre. Bei gebührenpflichtigen öffentlichen Leistungen wird die Verwaltungsgebühr nach Satz 1 neben der für die öffentliche Leistung festzusetzenden Gebühr erhoben.

- (4) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung abgelehnt, wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr, mindestens 10 Euro erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt, wird von der Erhebung einer Verwaltungsgebühr abgesehen.
- (5) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung, mit dessen sachlicher Bearbeitung begonnen ist, vor Erbringung der öffentlichen Leistung zurückgenommen oder unterbleibt die öffentliche Leistung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird je nach dem Stand der Bearbeitung eine Gebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 10 Euro.
- (6) Für die Zurückweisung von förmlichen Rechtsbehelfen im Verwaltungsverfahren (insbesondere Widerspruch) werden Gebühren in Höhe von 10 Euro bis 6.000 Euro erhoben. Wird der Rechtsbehelf zurückgenommen, wenn mit der sachlichen Bearbeitung begonnen war, werden ebenso Gebühren in Höhe von 10 Euro bis 6.000 Euro erhoben.
- (7) Für die Erteilung von Befreiungen (Ausnahmebewilligungen) von Rechtsvorschriften und sonstigen allgemeinen Anordnungen werden Gebühren in Höhe von 10 Euro bis 6.000 Euro erhoben, soweit hierüber nichts Besonderes bestimmt ist.

§ 5

Entstehung, Fälligkeit und Zahlung der Gebühr, Sicherheitsleistung

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.
- (2) Bei Zurücknahme eines Antrages nach § 3 Abs. 5 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den Fällen des § 3 Abs. 4 Satz 1 dieser Satzung mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.
- (3) Die Verwaltungsgebühr wird innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe der Gebührensatzung an den Gebührenschuldner zur Zahlung fällig.
- (4) Schriftstücke oder sonstige Sachen können bis zur Entrichtung der Gebühr zurückbehalten oder an den Gebührenschuldner auf dessen Kosten unter Nachnahme der Gebühr übersandt werden.
- (5) Die Vornahme einer öffentlichen Leistung kann davon abhängig gemacht werden, dass die Gebühr ganz oder teilweise vorausgezahlt oder für sie Sicherheit geleistet wird. Von der Anforderung einer Vorauszahlung oder der Anordnung einer Sicherheitsleistung ist abzusehen, wenn dadurch eine für den Gebührenschuldner unzumutbare Verzögerung entstehen würde oder dies aus sonstigen Gründen unbillig wäre.

§ 9

Entstehung, Fälligkeit und Zahlung der Gebühr

Die Benutzungsgebühr entsteht mit der Inanspruchnahme der Einrichtung. Sie wird zum gleichen Zeitpunkt fällig, wenn der Gebührenbescheid unmittelbar bei der Inanspruchnahme der Einrichtung bekannt gegeben wird. Im Übrigen wird der Gebührenbescheid innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe der Gebührensatzung zur Zahlung fällig.

§ 10

Gebührenerhebung

- (1) Für die Benutzung der Kreisstraßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) werden Sondernutzungsgebühren nach der Anlage zu § 2 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur über straßenrechtliche Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungsgebührenverordnung - SonGebVO) vom 15.08.78 (GBl. S. 516) in der jeweils geltenden Fassung erhoben. Dies gilt nicht, wenn sich die Einräumung von Rechten zu einer Benutzung von Straßen gemäß § 21 Abs. 1 des Straßengesetzes für Baden-Württemberg (Straßengesetz - StrG) vom 11.05.1992 (GBl. S. 330 ber. 683) in der jeweils geltenden Fassung nach bürgerlichem Recht richtet.
- (2) Die Sondernutzungsgebühr wird von der Behörde festgesetzt, die die Sondernutzungserlaubnis erteilt. Soweit die Gebühr von der Gemeinde festgesetzt wird, wird sie dieser überlassen (§ 19 Abs. 1 StrG). Ist für eine Sondernutzung eine Erlaubnis nach dem Straßengesetz nicht erforderlich (§ 16 Abs. 6 StrG), wird die Gebühr vom Landratsamt festgesetzt.
- (3) Die Höhe der Gebühren bestimmt sich nach der Anlage zu § 2 Abs. 1 Satz 1 der SonGebVO. Soweit diese Rahmensätze vorschreibt, sind
  1. Art und Ausmaß der Einwirkung auf die Straßen und den Gemeingebrauch,
  2. das wirtschaftliche Interesse des Gebührenschuldners sowie
  3. die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebührenschuldners zu berücksichtigen.

§ 12

Entstehung, Fälligkeit und Zahlung der Gebühr

- (2) Die Gebühren werden zum gleichen Zeitpunkt fällig, wenn der Gebührenbescheid unmittelbar bei der Erteilung der Erlaubnis oder Genehmigung bekannt gegeben wird. Im Übrigen wird der Gebührenbescheid innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung zur Zahlung fällig. Bei wiederkehrenden jährlichen Gebühren werden die folgenden Jahresgebühren zum 2. Januar eines jeden Jahres fällig. Monatsbeträge werden zum dritten Tag eines jeden Monats fällig. Gebühren, die in Wochen- oder Tagesbeträgen festgesetzt sind, werden in einem Betrag sofort zur Zahlung fällig.
- (3) Die Sondernutzungsgebühr ist an den Landkreis zu zahlen, soweit sie nicht der Gemeinde überlassen ist.

§ 13

Gebührenerstattung

- (2) Im Falle des § 10 Abs. 6 kann keine Erstattung verlangt werden, wenn der Widerruf später als 15 Jahre nach der Erteilung der Sondernutzungserlaubnis erfolgt. Im Übrigen gilt § 13 Abs. 1 entsprechend.

§ 15

Anzuwendende Vorschriften

Soweit im StrG und in §§ 10 ff. dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, finden auf die Sondernutzungsgebühren die für die Benutzungsgebühren der Landkreise geltenden Vorschriften Anwendung.

§ 16

Weiterer Anwendungsbereich

Die §§ 10 ff. dieser Satzung finden auch auf Rechte und Befugnisse zur Benutzung von Straßen über den Gemeingebrauch hinaus Anwendung, die nach § 57 StrG als Sondernutzungen im Sinne des Straßengesetzes gelten.

Artikel 2

Neufassung des Gebührenverzeichnisses (Anlage zur Gebührensatzung nach § 1 der Gebührensatzung)

Das Gebührenverzeichnis vom 24.10.2011 wird wie folgt neu gefasst:

GEBÜHRENVERZEICHNIS

Vorbemerkung: Bei den Gebühren nach Zeitaufwand (... EUR/Std.) wird je angefangene 1/4 Stunde abgerechnet. Der Stundensatz gilt pro eingesetztem Mitarbeiter.

Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr
1	Auskünfte aus Akten, Einsichtnahme oder Aktenübersendung bzw. (teilweise) Übersendung in Kopie	1,50 – 130 EUR
2	Bescheinigungen und Bestätigungen	
	a) Bescheinigungen und Zeugnisse aller Art	3,50 – 40 EUR
	b) Beglaubigung von Unterschriften, Handzeichen und Siegeln	3,50 – 40 EUR
	c) Beglaubigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien u. ä. mit der Urschrift	3,50 – 40 EUR
	d) Beglaubigung von Schulzeugnissen	2 – 33 EUR
	e) Ersatzweise Ausstellung eines Schülersausweises	3,50 EUR
	Anmerkung zu Nr. 2 a) bis 2 c): Für jede Bescheinigung oder Beglaubigung nach Nr. 2 a) bis 2 c) wird grundsätzlich eine Gebühr in Höhe von 3,50 EUR verlangt. Bei erhöhtem Prüfungsbedarf kann im Einzelfall der Gebührenrahmen ausgeschöpft werden. Erhöhter Prüfungsbedarf liegt vor, wenn für die Erstellung der Bescheinigung oder Beglaubigung Daten aus EDV-Programmen abgefragt, Daten aus Akten eingeholt oder Formblätter ausgefüllt werden müssen.	
	Anmerkung zu Nr. 2 d): Die Erstschrift des Schulzeugnisses (Original) ist gebührenfrei, ebenso die ersten fünf Mehrfertigungen. Für Beglaubigungen bis zu 3 Seiten werden 2,00 EUR abgerechnet, für jede weitere Seite 1,00 EUR.	
3	Ausfertigungen, Abschriften, Auszüge, Ablichtungen aus den Akten des Landratsamtes s/w Fotokopie bis Format DIN A3 je Seite	1,00 EUR

Farbkopie bis Format DIN A3 je Seite	1,10 EUR
Lichtpause	13 EUR
Plotterausdruck	13 EUR
4 Beitreibung	
Es gilt § 31 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für Baden-Württemberg (Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz – LVwVG) vom 12.03.1974 (GBl. S. 93) sowie die Verordnung des Innenministeriums über die Erhebung von Kosten der Vollstreckung nach dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz (Vollstreckungskostenordnung – LVwVGKO) vom 29.07.2004 (GBl. S. 670) in den jeweils geltenden Fassungen.	
5 Sondernutzungserlaubnis	
Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis	50 – 1.000 EUR
Die Gebühr bestimmt sich im Einzelfall nach der Sondernutzungsgebührenverordnung (SonGebVO).	
6 Inanspruchnahme des Kreisbauamtes	
a) Gutachten und Schätzungen	Stundensatz nach Nr. 8
b) Bautechnische, brandschutztechnische und naturschutzfachtechnische Beratung	Stundensatz nach Nr. 8
7 Inanspruchnahme der Grünflächenberatungsstelle	
a) Gutachten und Pflanzpläne	Stundensatz nach Nr. 8
b) Schätzungen mit Ausfertigung der Urkunde	5 % des Schätzwerts, mind. jedoch 100 EUR
c) Kurse und Seminare zur Ausbildung im Obst- und Gartenbau von mindestens ganztätiger Dauer je Teilnehmer und Tag	10 EUR
d) Beratung vor Ort auf Anforderung	Stundensatz nach Nr. 8
8 Stundensatz	
Der Stundensatz nach den Nrn. 6 und 7 beträgt	61 EUR/Std.
Die Mitarbeit der Bürokräfte und evtl. Fahrzeiten werden dem Zeitaufwand zugerechnet.	
9 Rechnungsprüfungsamt des Landkreises	
Prüfung von Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts	61 EUR/Std.

Artikel 3

Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 01.09.2014 in Kraft. Gleichzeitig treten die §§ 3, 5, 9, 10, 12, 13, 15 und 16 der Gebührensatzung sowie die das Gebührenverzeichnis (Anlage zur Gebührensatzung nach § 1 der Gebührensatzung) in ihrer bisherigen Fassung außer Kraft.

LANDRATSAMT REUTLINGEN

TARIFORDNUNG

für die Benutzung kreiseigener Einrichtungen

- Schulen und Kreismedienzentren -

gültig ab 01.09.2014

A Allgemeine Geschäftsbedingungen

1. Für die Inanspruchnahme kreiseigener Einrichtungen erhebt der Landkreis privatrechtliche Entgelte nach Maßgabe nachstehenden Verzeichnisses.
2. Soweit Umsatzsteuerpflicht gegeben ist, wird die Steuer entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zusätzlich erhoben.
3. Der Schuldner hat die zur Festsetzung des Entgelts erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß und vollständig zu machen und die notwendigen Unterlagen vorzulegen. Das Landratsamt kann schriftliche Auskunft verlangen.
4. Soweit das Entgelt innerhalb eines Rahmens festzusetzen ist, bemisst sich seine Höhe nach dem persönlichen und sächlichen Aufwand sowie nach dem Umfang der Inanspruchnahme.
5. Das Entgelt wird zur Zahlung fällig mit der Bekanntgabe der Kostenrechnung an den Schuldner. Die Leistung des Landkreises kann davon abhängig gemacht werden, dass ein Vorschuss oder Sicherheit geleistet wird.
6. Soweit im Verzeichnis nichts anderes gesagt ist, sind mit dem Entgelt auch die dem Landkreis erwachsene Auslagen abgegolten.

B Verzeichnis		
Lfd. Nr.	Art der Benutzung	Entgelt EUR
1	<u>Schulgelder</u>	
	Für den Besuch der Fachschulen des Landkreises bei Vollzeitschulen pro Semester (Halbjahr)	410,00
	Bei Teilzeitschulen wird das vorstehende Entgelt anteilig entsprechend der Dauer der Schulzeit berechnet. Die Beträge werden dabei auf volle 5,00 Euro aufgerundet.	
2	<u>Vermietung von Schulräumen und -einrichtungen</u>	
	Im Mietpreis eingeschlossen ist im Regelfall die Nutzung der schuleigenen Maschinen und Geräte. Verbrauchsmaterial ist im Mietpreis nicht enthalten. Grundsätzlich ist das Verbrauchsmaterial vom Mieter selbst zu stellen.	
	Für die Benutzung der Räume und Einrichtungen werden pro Unterrichtsstunde folgende Entgelte erhoben:	
	a) Klassenzimmer	5,00
	b) Werkstätten:	
	- mechanische Werkstätten	26,00
	- Werkstätten Drucktechnik	26,00
	- Werkstätten für	
	Bauberufe	15,00
	Bäckerei, Konditorei	15,00
	Friseurhandwerk	15,00
	Gebäudereinigungstechnik	15,00
	Textiltechnik	15,00
3	c) Fachräume:	
	CAD-Räume	26,00
	EDV-Räume	15,00
	Büro- und Schreibtechnik	15,00
	Elektrolabors	10,00
	Naturwissenschaftliche Räume	10,00
	Textilarbeitsräume	8,00
	Küchen	8,00

Räume und Einrichtungen werden entgeltfrei überlassen für die Durchführung von Gesellen-, Facharbeiter- und Gehilfenprüfungen sowie für Berufswettkämpfe.

Lfd. Nr.	Art der Benutzung	Entgelt EUR
4	<u>Entgelte für die außerschulische Nutzung der kreiseigenen Sportstätten und des Therapiebades</u>	
	Die Entgelte betragen pro Unterrichtsstunde (45 Min.)	
4.1	Kleinturnhalle des Beruflichen Schulzentrums Reutlingen Montag bis Freitag Samstag, Sonntags und an Feiertagen	5,00 8,00
4.2	Sporthallen und Turnhallen je Übungseinheit (15 x 27 m) Montag bis Freitag Samstag, Sonntags und an Feiertagen	10,00 13,00
4.3	Therapiebad der Karl-Georg-Haldenwang-Schule Münsingen Montag bis Freitag	10,00
	Das Therapiebad wird grundsätzlich nur für Behinderteneinrichtungen zur Verfügung gestellt.	

Anmerkung: Diese Tarife gelten nur insoweit als keine gesonderten Mietverträge abgeschlossen sind.

- 5 Inanspruchnahme der Kreismedienzentren
- 5.1 Öffentliche Schulen und staatlich anerkannte Privatschulen (sofern diese die pauschalen Nutzungsgebühren an das Landesmedienzentrum entrichten) sind von den Entgelten nach Ziffer 5.5 befreit. Das gleiche gilt, wenn die Kreismedienzentren zu Zwecken der Jugend- und Erwachsenenbildung (z.B. Vereine, Seniorenclubs) in Anspruch genommen werden. Eine gewerbliche oder im Interesse Einzelner liegende Inanspruchnahme ist aber stets entgeltpflichtig.
- 5.2 Die Entgelte nach Ziffer 5.5 werden nach der Dauer der Abwesenheit der Gegenstände von dem Medienzentrum bemessen. Jeder angefangene Arbeitstag zählt voll. Arbeitsfreie Tage (z.B. Samstage, Sonn- und Feiertage) sowie der Rückgabetag, soweit die Rückgabe vormittags erfolgt, werden nicht angerechnet.
- 5.3 Bei Überschreitung der festgelegten Verleihzeiten kann für jeden weiteren Tag pro Gerät oder Medium zusätzlich zum normalen Entgelt ein Entgelt in Höhe von 5,00 EUR berechnet werden.
- 5.4 Für Leihvorgänge und Dienstleistungen, die nicht in dieser Tarifordnung erfasst sind, kann der Leiter des Kreismedienzentrums in Anlehnung an die vorliegenden Sätze der Tarifordnung ein Entgelt in Höhe von 3,00 EUR bis 120,00 EUR festsetzen.

Lfd. Nr.	Art der Benutzung	Entgelt EUR
5.5	Entgeltsätze je Tag für den Verleih von	
a)	<u>Projektionstechnik:</u>	
	Diaprojektoren	15,00
	Dokumentenkeras	15,00
	Overheadprojektoren	15,00
	Super-8mm-Projektoren	15,00
	16mm-Projektoren	50,00
	Beamer (je nach Leistungsklasse)	50,00-100,00
b)	<u>Video/Bildtechnik:</u>	
	VHS/DVD Player	20,00
	Videokameras (je nach Leistungsklasse)	30,00-50,00
	Digitale Fotokameras (je nach Leistungsklasse)	10,00-30,00
	Filmschnittsysteme (je nach Leistungsklasse)	50,00-120,00
c)	<u>Audiotechnik:</u>	
	Lautsprecher mit integriertem Verstärker und CD/USB-Player (je nach Leistungsklasse)	30,00-50,00
	Digitale Audio-Recorder/Player	20,00
	Mikrofon mit Zubehör (je nach Leistungsklasse)	10,00-50,00
d)	<u>Zubehör:</u>	
	Gestell-Leinwand, versch. Größen	30,00-50,00
	Ständer- bzw. Cassetten-Leinwand	15,00
	Video / Fotostativ	10,00
	Beleuchtungstechnik (je nach Ausstattung)	15,00-80,00
e)	<u>Sonstiges</u>	
	GPS-Einzelgerät	10,00
	GPS-Koffer mit 4 Geräten	30,00
f)	<u>Medien:</u>	
	16-mm-Film	15,00
	Videokassetten	10,00
	Diareihen, Tonbildreihen, Folienbücher	5,00
	DVD, CD-ROM, DVD-ROM, Medienpakete	15,00
g)	Inanspruchnahme von Personal des Kreismedienzentrums für Vorführungen von Filmen oder Lichtbildern samt Geräteauf- und -abbau und Zeitaufwand für Fahrten	1 Stundensatz nach lfd. Nr. 6
	Fahrtkosten pro km	0,40
h)	Ausbilden an Film oder Videogeräten je Teilnehmer	15,00

Lfd. Nr.	Art der Benutzung	Entgelt EUR

6	<u>Stundensatz</u>	

Der volle Stundensatz (Personal-, Sach- und Gemeinkosten) beträgt derzeit für den

Mittleren Dienst	44,00
Gehobenen Dienst	61,00
Höheren Dienst	77,00

Diese Sätze gelten auch für Beschäftigte vergleichbarer Lohn- und Vergütungsgruppen.

<u>GEBÜHRENSATZUNG</u> Bisherige Satzungsregelung § 3 Gebührenfestsetzung	<u>GEBÜHRENSATZUNG</u> Neue Satzungsregelung § 3 Gebührenhöhe
(1) Ist eine Verwaltungsgebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand sowie nach der wirtschaftlichen oder sonstigen Bedeutung für den Gebührenschuldner zum Zeitpunkt ihrer Beendigung der öffentlichen Leistung. (2) Ist für öffentliche Leistungen in dieser Satzung, im Gebührenverzeichnis oder in anderen Rechtsvorschriften weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch eine Gebührenfreiheit vorgesehen, wird eine allgemeine Verwaltungsgebühr von 10 EUR bis 10.000 EUR erhoben. (3) Beantragt oder erschwert jemand mutwillig die Vornahme einer öffentlichen Leistung und verursacht er dadurch einen besonderen Verwaltungsaufwand, wird ihm eine Verwaltungsgebühr von 10 EUR bis 5.000 EUR auferlegt. Dies gilt auch für öffentliche Leistungen, für die eine Verwaltungsgebühr nicht zu erheben wäre. Bei gebührenpflichtigen öffentlichen Leistungen wird die Verwaltungsgebühr nach Satz 1 neben der für die öffentliche Leistung festzusetzenden Gebühr erhoben.	(neu) (1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. (bisher Abs. 2) Für öffentliche Leistungen, für die in dieser Satzung, im Gebührenverzeichnis oder in anderen Rechtsvorschriften weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch eine Gebührenfreiheit vorgesehen ist, wird eine allgemeine Verwaltungsgebühr von 10 Euro bis 10.000 Euro erhoben. (bisher Abs. 1) (2) Ist eine Verwaltungsgebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand sowie nach der wirtschaftlichen oder sonstigen Bedeutung für den Gebührenschuldner zum Zeitpunkt der Beendigung der öffentlichen Leistung. (inhaltlich unverändert, nur textlich angepasst) (3) Für die Vornahme einer öffentlichen Leistung, die jemand mutwillig beantragt oder erschwert, wird eine besondere Verwaltungsgebühr von 10 Euro bis 6.000 Euro erhoben, wenn dadurch ein besonderer Verwaltungsaufwand verursacht wird. Dies gilt auch für öffentliche Leistungen, für die eine Verwaltungsgebühr nicht zu erheben wäre. Bei gebührenpflichtigen öffentlichen Leistungen wird die Verwaltungsgebühr nach Satz 1 neben der für die öffentliche Leistung festzusetzenden Gebühr

(4) Wird der Antrag auf Vornahme einer öffentlichen Leistung abgelehnt, wird ein Zehntel bis zum vollen Betrag der Verwaltungsgebühr erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt, wird von der Erhebung einer Verwaltungsgebühr abgesehen. Wird der Antrag zurückgenommen oder unterbleibt aus sonstigen Gründen die öffentliche Leistung, wird ein Zehntel bis zur vollen Höhe der Verwaltungsgebühr erhoben, wenn mit der sachlichen Bearbeitung begonnen wurde, die öffentliche Leistung aber noch nicht beendet war. Die Mindestgebühr beträgt 10 EUR.

erhoben.

(inhaltlich unverändert, nur textlich angepasst)

(4) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung abgelehnt, wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr, mindestens 10 Euro erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt, wird von der Erhebung einer Verwaltungsgebühr abgesehen.

(bisher Abs. 4 Satz 3 und 4)

(5) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung, mit dessen sachlicher Bearbeitung begonnen ist, vor Erbringung der öffentlichen Leistung zurückgenommen oder unterbleibt die öffentliche Leistung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird je nach dem Stand der Bearbeitung eine Gebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 10 Euro.

(neu)

(6) Für die Zurückweisung von förmlichen Rechtsbehelfen im Verwaltungsverfahren (insbesondere Widerspruch) werden Gebühren in Höhe von 10 Euro bis 6.000 Euro erhoben. Wird der Rechtsbehelf zurückgenommen, wenn mit der sachlichen Bearbeitung begonnen war, werden ebenso Gebühren in Höhe von 10 Euro bis 6.000 Euro erhoben.

(neu)

(7) Für die Erteilung von Befreiungen (Ausnahmebewilligungen) von Rechtsvorschriften und sonstigen allgemeinen Anordnungen werden Gebühren in Höhe von 10 Euro bis 6.000 Euro erhoben, soweit hierüber nichts Besonderes bestimmt ist.

§ 5

§ 5

Entstehung, Fälligkeit und Zahlung der Gebühr, Sicherheitsleistung

Entstehung, Fälligkeit und Zahlung der Gebühr, Sicherheitsleistung

(1) Die Verwaltungsgebühr entsteht bei öffentlichen Leistungen, die auf Antrag erbracht werden, mit dessen Eingang bei der Behörde. Bei öffentlichen Leistungen, die nicht antragsgebunden sind und bei sonstigen öffentlichen Leistungen entsteht die Gebühr mit deren Beginn. Im Falle der Zurücknahme eines Antrags mit der Zurücknahme, in den übrigen Fällen des § 3 Abs. 4 Satz 3 dieser Satzung mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung.	(1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.
(2) Die Verwaltungsgebühr wird innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Gebührenschuldner zur Zahlung fällig.	(2) Bei Zurücknahme eines Antrages nach § 3 Abs. 5 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den Fällen des § 3 Abs. 4 Satz 1 dieser Satzung mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.
(3) Gebühren sind an die Kreiskasse zu zahlen.	(bisher Abs. 2)
(4) Schriftstücke oder sonstige Sachen können bis zur Entrichtung der Gebühr zurückbehalten oder an den Gebührenschuldner auf dessen Kosten unter Nachnahme der Gebühr übersandt werden.	(3) Die Verwaltungsgebühr wird innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Gebührenschuldner zur Zahlung fällig.
(5) Die Vornahme einer öffentlichen Leistung kann davon abhängig gemacht werden, dass die Gebühr ganz oder teilweise vorausgezahlt oder für sie Sicherheit geleistet wird. Von der Anforderung einer Vorauszahlung oder der Anordnung einer Sicherheitsleistung ist abzusehen, wenn dadurch eine für den Gebührenschuldner unzumutbare Verzögerung entstehen würde oder dies aus sonstigen Gründen unbillig wäre.	(bisher Abs. 3 entfällt künftig) (Die Absätze 4 und 5 bleiben unverändert.)
§ 9	§ 9
Entstehung, Fälligkeit und Zahlung der Gebühr Die Benutzungsgebühr entsteht mit der Inanspruchnahme der Einrichtung. Sie wird zum gleichen Zeitpunkt fällig, wenn der Gebührenbescheid unmittelbar bei der Inanspruchnahme der Einrichtung bekannt gegeben	Entstehung, Fälligkeit und Zahlung der Gebühr Die Benutzungsgebühr entsteht mit der Inanspruchnahme der Einrichtung. Sie wird zum gleichen Zeitpunkt fällig, wenn der Gebührenbescheid unmittelbar bei der Inanspruchnahme der Einrichtung bekannt gegeben

wird. Im übrigen wird der Gebührenbescheid innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe der Gebührensatzung zur Zahlung fällig. Sie ist an die Kreiskasse zu zahlen.

§ 10

Gebührenerhebung

(1) Für die Benutzung der Kreisstraßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) werden Sondernutzungsgebühren nach der Anlage zu § 2 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr über straßenrechtliche Sondernutzungsgebühren vom 15.08.78 (GBl. S. 516) in der jeweils geltenden Fassung erhoben. Dies gilt nicht, wenn sich die Einräumung von Rechten zu einer Benutzung von Straßen gemäß § 21 Abs. 1 Straßengesetz vom 11.05.1992 in der jeweils geltenden Fassung nach bürgerlichem Recht richtet.

(2) Die Sondernutzungsgebühr wird von der Behörde festgesetzt, die die Sondernutzungserlaubnis erteilt. Soweit die Gebühr von der Gemeinde festgesetzt wird, wird sie dieser überlassen (§ 19 Abs. 1 Straßengesetz vom 11.05.1992 in der jeweils geltenden Fassung). Ist für eine Sondernutzung eine Erlaubnis nach dem Straßengesetz nicht erforderlich (§ 16 Abs. 6 Straßengesetz vom 11.05.1992 in der jeweils geltenden Fassung), wird die Gebühr vom Landratsamt festgesetzt.

(3) Die Höhe der Gebühren bestimmt sich nach der Anlage zu § 2 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr über straßenrechtliche Sondernutzungsgebühren vom 15.08.78 (GBl. S. 516) in der jeweils geltenden Fassung. Soweit diese Rahmensätze vorschreibt sind

1. Art und Ausmaß der Einwirkung auf die Straßen und den Gemeingebrauch,

wird. Im Übrigen wird der Gebührenbescheid innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe der Gebührensatzung zur Zahlung fällig.

§ 10

Gebührenerhebung

(1) Für die Benutzung der Kreisstraßen über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) werden Sondernutzungsgebühren nach der Anlage zu § 2 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur über straßenrechtliche Sondernutzungsgebühren (Sondernutzungsgebührenverordnung - SondernutzungsgebVO) vom 15.08.78 (GBl. S. 516) in der jeweils geltenden Fassung erhoben. Dies gilt nicht, wenn sich die Einräumung von Rechten zu einer Benutzung von Straßen gemäß § 21 Abs. 1 des Straßengesetzes für Baden-Württemberg (Straßengesetz - StrG) vom 11.05.1992 (GBl. S. 330 ber. 683) in der jeweils geltenden Fassung nach bürgerlichem Recht richtet.

(2) Die Sondernutzungsgebühr wird von der Behörde festgesetzt, die die Sondernutzungserlaubnis erteilt. Soweit die Gebühr von der Gemeinde festgesetzt wird, wird sie dieser überlassen (§ 19 Abs. 1 StrG). Ist für eine Sondernutzung eine Erlaubnis nach dem Straßengesetz nicht erforderlich (§ 16 Abs. 6 StrG), wird die Gebühr vom Landratsamt festgesetzt.

(3) Die Höhe der Gebühren bestimmt sich nach der Anlage zu § 2 Abs. 1 Satz 1 der SonGebVO. Soweit diese Rahmensätze vorschreibt, sind

1. Art und Ausmaß der Einwirkung auf die Straßen und den Gemeingebrauch,
2. das wirtschaftliche Interesse des Gebührenschuldners so wie

2. das wirtschaftliche Interesse des Gebührenschuldners sowie 3. die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebührenschuldners zu berücksichtigen. § 12 Entstehung, Fälligkeit und Zahlung der Gebühr (2) Die Gebühren werden zum gleichen Zeitpunkt fällig, wenn der Gebührenbescheid unmittelbar bei der Erteilung der Erlaubnis oder Genehmigung bekannt gegeben wird. Im übrigen wird der Gebührenbescheid innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung zur Zahlung fällig. Bei wiederkehrenden jährlichen Gebühren werden die folgenden Jahresgebühren zum 2. Januar eines jeden Jahres fällig. Monatsbeträge werden zum dritten Tag eines jeden Monats fällig. Gebühren, die in Wochen- oder Tagesbeträgen festgesetzt sind, werden in einem Betrag sofort zur Zahlung fällig. (3) Die Sondernutzungsgebühr ist an die Kreiskasse zu zahlen, soweit sie nicht der Gemeinde überlassen ist. § 13 Gebührenerstattung (2) Im Falle des § 10 Abs. 6 kann keine Erstattung verlangt werden, wenn der Widerruf später als 15 Jahre nach der Erteilung der Sondernutzungserlaubnis erfolgt. Im übrigen gilt § 13 Abs. 1 entsprechend.	3. die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebührenschuldners zu berücksichtigen. (Die Absätze 4 bis 6 bleiben unverändert.) § 12 Entstehung, Fälligkeit und Zahlung der Gebühr (Absatz 1 bleibt unverändert.) (2) Die Gebühren werden zum gleichen Zeitpunkt fällig, wenn der Gebührenbescheid unmittelbar bei der Erteilung der Erlaubnis oder Genehmigung bekannt gegeben wird. Im Übrigen wird der Gebührenbescheid innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung zur Zahlung fällig. Bei wiederkehrenden jährlichen Gebühren werden die folgenden Jahresgebühren zum 2. Januar eines jeden Jahres fällig. Monatsbeträge werden zum dritten Tag eines jeden Monats fällig. Gebühren, die in Wochen- oder Tagesbeträgen festgesetzt sind, werden in einem Betrag sofort zur Zahlung fällig. (3) Die Sondernutzungsgebühr ist an den Landkreis zu zahlen, soweit sie nicht der Gemeinde überlassen ist. § 13 Gebührenerstattung (Absatz 1 bleibt unverändert.) (2) Im Falle des § 10 Abs. 6 kann keine Erstattung verlangt werden, wenn der Widerruf später als 15 Jahre nach der Erteilung der Sondernutzungserlaubnis erfolgt. Im Übrigen gilt § 13 Abs. 1 entsprechend.

§ 15 Anzuwendende Vorschriften Soweit im Straßengesetz von Baden-Württemberg vom 11.05.1992 (GBl. S. 330) in der jeweils geltenden Fassung und in §§ 10 ff. dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, finden auf die Sondernutzungsgebühren die für die Benutzung der Landkreise geltenden Vorschriften Anwendung. § 16 Weiterer Anwendungsbereich §§ 10 ff. dieser Satzung finden auch auf Rechte und Befugnisse zur Benutzung von Straßen über den Gemeingebrauch hinaus Anwendung, die nach § 57 Straßengesetz für Baden-Württemberg in der jeweils geltenden Fassung als Sondernutzungen i. S. des Straßengesetzes gelten.	§ 15 Anzuwendende Vorschriften Soweit im StrG und in §§ 10 ff. dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, finden auf die Sondernutzungsgebühren die für die Benutzung der Landkreise geltenden Vorschriften Anwendung. § 16 Weiterer Anwendungsbereich Die §§ 10 ff. dieser Satzung finden auch auf Rechte und Befugnisse zur Benutzung von Straßen über den Gemeingebrauch hinaus Anwendung, die nach § 57 StrG als Sondernutzungen im Sinne des Straßengesetzes gelten.

Änderungen sind fett hervorgehoben

GEBÜHRENVERZEICHNIS

Vorbemerkung: Bei den Gebühren nach Zeitaufwand (... EUR/Std.) wird je angefangene 1/4 Stunde abgerechnet. Der Stundensatz gilt pro eingesetztem Mitarbeiter.

Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt	Gebühr neu
1	Ablehnung eines Antrags ~~Wird der Antrag auf Vornahme einer öffentlichen Leistung abgelehnt, wird eine Gebühr nach § 3 Abs. 4 Satz 1 der Gebührensatzung (1/10 bis zum vollen Betrag der Gebühr, mindestens 10 EUR) erhoben.~~ ~~Wird ein Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt, wird nach § 3 Abs. 4 Satz 2 der Gebührensatzung keine Gebühr erhoben.~~		wird künftig in der Satzung geregelt, § 3 Abs. 4 der Satzung
2	Allgemeine Verwaltungsgebühr ~~Ist für öffentliche Leistungen in der Gebührensatzung, in diesem Verzeichnis oder in anderen Rechtsvorschriften weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch eine Gebührenfreiheit vorgesehen, wird nach § 3 Abs. 2 der Gebührensatzung eine allgemeine Verwaltungsgebühr erhoben.~~ ~~Ihre Höhe beträgt~~		wird künftig in der Satzung geregelt, § 3 Abs. 1 der Satzung
3	Ausfertigungen, Abschriften, Auszüge, Ablichtungen aus den Akten des Landratsamtes s/w Fotokopie bis Format DIN A3 je Seite Farbkopie bis Format DIN A3 je Seite Lichtpause Plotterausdruck		
		10 – 10.000 EUR	
		0,50 EUR	1,00 EUR
		0,80 EUR	1,10 EUR
		10 EUR	13 EUR
		10 EUR	13 EUR
4	Auskünfte aus Akten, Einsichtnahme oder Aktenübersendung oder (teilweise) Übersendung in Kopie	1,50 – 100 EUR	1,50 – 130 EUR
5	Befreiungen ~~Von Rechtsvorschriften aller Art oder allgemeinen Anordnungen~~	10 – 5.000 EUR	wird künftig in der Satzung geregelt, § 3 Abs. 7 der Satzung
6	Beitreibung Es gilt § 31 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für Baden-Württemberg (Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz – LVwVG) vom 12.03.1974 (GBl. S. 93) sowie die Verordnung des Innenministeriums über die Erhebung von Kosten der Vollstreckung nach dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz (Vollstreckungskostenordnung – LVwVGKO) vom 29.07.2004 (GBl. S. 670) in den jeweils geltenden Fassungen.		
7	Bescheinigungen und Bestätigungen a) Bescheinigungen und Zeugnisse aller Art b) Beglaubigung von Unterschriften, Handzeichen und Siegeln	3,50 – 35 EUR 3,50 – 35 EUR	3,50 – 40 EUR 3,50 – 40 EUR

Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt	Gebühr neu
c)	Beglaubigungen der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien u. ä. mit der Urschrift	3,50 – 35 EUR	3,50 – 40 EUR
d)	Beglaubigung von Schulzeugnissen	2 – 30 EUR	2 – 33 EUR
e)	Ersatzweise Ausstellung eines Schülersausweises	3,50 EUR	3,50 EUR
Anmerkung zu Nr. 7 a) bis 7 c):			
Für jede Bescheinigung oder Beglaubigung nach Nr. 7 a) bis 7 c) wird grundsätzlich eine Gebühr in Höhe von 3,50 EUR verlangt. Bei erhöhtem Prüfungsbedarf kann im Einzelfall der Gebührenrahmen ausgeschöpft werden. Erhöhter Prüfungsbedarf liegt vor, wenn für die Erstellung der Bescheinigung oder Beglaubigung Daten aus EDV-Programmen abgefragt, Daten aus Akten eingeholt, oder Formblätter ausgefüllt werden müssen.			
Anmerkung zu Nr. 7 d):			
Die Erstschrift des Schulzeugnisses (Original) ist gebührenfrei, ebenso die ersten fünf Mehrfertigungen. Für Beglaubigungen bis zu 3 Seiten werden 2,00 EUR abgerechnet, für jede weitere Seite 1,00 EUR.			
8	Besondere Verwaltungsgebühr		
Für die Vornahme einer öffentlichen Leistung, die jemand mutwillig beantragt oder erschwert, wird, wenn er dadurch einen besonderen Verwaltungsaufwand verursacht, eine besondere Gebühr nach § 3 Abs. 3 der Gebührensatzung erhoben. Ihre Höhe beträgt		10 – 5.000 EUR	wird künftig in der Satzung geregelt, § 3 Abs. 3 der Satzung
9	Zurücknahme eines Antrags		
Wird der Antrag auf Vornahme einer öffentlichen Leistung zurückgenommen oder unterbleibt aus sonstigen Gründen die öffentliche Leistung, wird eine Gebühr nach § 3 Abs. 4 Satz 3 der Gebührensatzung (1/10 bis zum vollen Betrag der Gebühr, mindestens 10 EUR) erhoben, wenn mit der sachlichen Bearbeitung begonnen wurde, die Erbringung der öffentlichen Leistung aber noch nicht beendet war.			wird künftig in der Satzung geregelt, § 3 Abs. 5 der Satzung
10	Förmliche Rechtsbehelfe im Verwaltungsverfahren		
Zurückweisung von förmlichen Rechtsbehelfen im Verwaltungsverfahren (insbesondere Widerspruch).		10 – 5.000 EUR	werden künftig in der Satzung geregelt,
Zurücknahme des Rechtsbehelfs, wenn mit der sachlichen Bearbeitung begonnen war		10 – 5.000 EUR	§ 3 Abs. 6 der Satzung
11	Sondernutzungserlaubnis		
Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis Die Gebühr bestimmt sich im Einzelfall nach der Sondernutzungsgebührenverordnung SonGebVO.		50 – 1.000 EUR	50 – 1.000 EUR
12	Inanspruchnahme des Kreisbauamtes		
a)	Gutachten und Schätzungen	Stundensatz nach Nr. 14	Stundensatz nach Nr. 14
b)	Bautechnische, brandschutztechnische und naturschutzfachtechnische Beratung	Stundensatz nach Nr. 14	Stundensatz nach Nr. 14
13	Inanspruchnahme der Grünflächenberatungsstelle		
a)	Gutachten und Pflanzpläne	Stundensatz nach Nr. 14	Stundensatz nach Nr. 14
b)	Schätzungen mit Ausfertigung der Urkunde	5 % des Schätzwerts, mind. jedoch 100 EUR	5 % des Schätzwerts, mind. jedoch 100 EUR

Nr.	Öffentliche Leistung	Gebühr alt	Gebühr neu
c)	Kurse und Seminare zur Ausbildung im Obst- und Gartenbau von mindestens ganztätiger Dauer je Teilnehmer und Tag	10 EUR	10 EUR
~~d)~~	~~Umsiedlung von Hornissen, Bienen und Wespen~~	50 EUR	~~entfällt künftig~~
e)	Beratung vor Ort auf Anforderung	Stundensatz nach Nr. 14	Stundensatz nach Nr. 14
14	Stundensatz		
	Der Stundensatz nach den Nrn. 12 und 13 beträgt Die Mitarbeit der Bürokräfte und evtl. Fahrzeiten werden dem Zeitaufwand zugerechnet.	57 EUR/Std.	61 EUR/Std.
15	Rechnungsprüfungsamt des Landkreises		
	Prüfung von Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts	57 EUR/Std.	61 EUR/Std.

Kalkulation der Gebühren der Gebührensatzung einschließlich Gebührenverzeichnis des Landkreises Reutlingen zum 01.09.2014**Allgemeine Tatbestände in der Gebührensatzung****Allgemeine Verwaltungsgebühr**

Die Berechnung dieser Gebühr erfolgt anhand des Durchschnittsstundensatzes.
Dabei wird die Gebühr je angefangene Viertelstunde abgerechnet. Der Stundensatz gilt pro eingesetztem Mitarbeiter.

Laufbahn	Std.satz	Zeitaufwand min. in Min.	Zeitaufwand max. in Std.	Mindest- betrag	Maximal- Betrag
mittlerer Dienst	44,00 €	20	160	14,67 €	7.040,00 €
gehobener Dienst	61,00 €	15	160	15,25 €	9.760,00 €
höherer Dienst	77,00 €	10	160	12,83 €	12.320,00 €

Die Höhe der Gebühr orientiert sich zusätzlich zum Verwaltungsaufwand am wirtschaftlichen Interesse des Antragsstellers.

Kalkulierte Rahmengebühr von: 10,00 € bis 12.000,00 €

Festgesetzte Rahmengebühr von: 10,00 € bis 10.000,00 €

--> zwecks **Einheitlichkeit mit Gebührenrechtsverordnung**, in der die Obergrenze der allgemeinen Verwaltungsgebühren gemäß § 4 Abs. 4 LGebG mit 10.000 € vorgegeben ist.

Besondere Verwaltungsgebühr

Die Berechnung dieser Gebühr erfolgt anhand des Durchschnittsstundensatzes.
Dabei wird die Gebühr je angefangene Viertelstunde abgerechnet. Der Stundensatz gilt pro eingesetztem Mitarbeiter.

Laufbahn	Std.satz	Zeitaufwand min. in Min.	Zeitaufwand max. in Std.	Mindest- betrag	Maximal- Betrag
mittlerer Dienst	44,00 €	20	80	14,67 €	3.520,00 €
gehobener Dienst	61,00 €	15	80	15,25 €	4.880,00 €
höherer Dienst (Landesb., z.B. Ärzte)	77,00 €	10	80	12,83 €	6.160,00 €

Die Höhe der Gebühr orientiert sich zusätzlich zum Verwaltungsaufwand am wirtschaftlichen Interesse des Antragsstellers.

Festgesetzte Rahmengebühr von: 10,00 € bis 6.000,00 €

Förmliche Rechtsbehelfe im Verwaltungsverfahren

Die Berechnung dieser Gebühr erfolgt anhand des Durchschnittsstundensatzes.
Dabei wird die Gebühr je angefangene Viertelstunde abgerechnet. Der Stundensatz gilt pro eingesetztem Mitarbeiter.

Laufbahn	Std.satz	Zeitaufwand min. in Min.	Zeitaufwand max. in Std.	Mindest- betrag	Maximal- Betrag
mittlerer Dienst	44,00 €	20	80	14,67 €	3.520,00 €
gehobener Dienst	61,00 €	15	80	15,25 €	4.880,00 €
höherer Dienst (Landesb., z.B. Ärzte)	77,00 €	10	80	12,83 €	6.160,00 €

Die Höhe der Gebühr orientiert sich zusätzlich zum Verwaltungsaufwand am wirtschaftlichen Interesse des Antragsstellers.

Festgesetzte Rahmengebühr von: 10,00 € bis 6.000,00 €

Befreiungen von Rechtsvorschriften und sonstigen allgemeinen Anordnungen

Die Berechnung dieser Gebühr erfolgt anhand des Durchschnittsstundensatzes.
Dabei wird die Gebühr je angefangene Viertelstunde abgerechnet. Der Stundensatz gilt pro eingesetztem Mitarbeiter.

Laufbahn	Std.satz	Zeitaufwand min. in Min.	Zeitaufwand max. in Std.	Mindest- betrag	Maximal- Betrag
mittlerer Dienst	44,00 €	20	80	14,67 €	3.520,00 €
gehobener Dienst	61,00 €	15	80	15,25 €	4.880,00 €
höherer Dienst	77,00 €	10	80	12,83 €	6.160,00 €

Die Höhe der Gebühr orientiert sich zusätzlich zum Verwaltungsaufwand am wirtschaftlichen Interesse des Antragstellers.

Festgesetzte Rahmengebühr von: 10,00 € bis 6.000,00 €

Tatbestände im Gebührenverzeichnis

Nr. Geb.
Verz. Bezeichnung Tatbestand

1 Auskünfte aus Akten, Einsichtnahme oder Aktenübersendung oder (teilweise) Übersendung in Kopie

Die Berechnung dieser Gebühr erfolgt anhand des Durchschnittsstundensatzes. Dabei wird die Gebühr je angefangene Viertelstunde abgerechnet. Der Stundensatz gilt pro eingesetztem Mitarbeiter.

Laufbahn	Std.satz	Zeitaufwand mind. in Min.	Zeitaufwand max. in Min.	Mindestbetrag	Maximalbetrag
mittlerer Dienst	44,00 €	2	90	1,47 €	66,00 €
gehobener Dienst	61,00 €	2	90	2,03 €	91,50 €
höherer Dienst	77,00 €	2	90	2,57 €	115,50 €

Zusätzliche Kosten wenn Akten zugesendet werden:

	Minimal	Maximal
Portokosten	0,60 €	13,99 €
Sachkosten (Umschläge, Päckchen)	0,01 €	3,64 €
Insgesamt	0,61 €	17,63 €

Hinzu kommen pro Kopie 1,00 EUR (vgl. Berechnung Nr. 3)

Festgesetzte Rahmengebühr von: 1,50 € bis 130,00 €

2 Bescheinigungen und Bestätigungen

a) Bescheinigungen und Zeugnisse aller Art

b) Beglaubigungen von Unterschriften, Handzeichen und Siegeln

c) Beglaubigungen der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien und ähnliches mit der Urschrift

Für jede Bescheinigung oder Beglaubigung nach Nr. 2a) bis 2c) wird grundsätzlich eine Gebühr in Höhe von 3,50 EUR erhoben. Bei erhöhtem Prüfungsbedarf kann im Einzelfall der Gebührenrahmen ausgeschöpft werden. Erhöhter Prüfungsbedarf liegt vor, wenn für die Erstellung der Bescheinigung oder Beglaubigung Daten aus EDV-Programmen abgefragt, Daten aus Akten eingeholt oder Formblätter ausgefüllt werden müssen.

Die Durchführung von Beglaubigungen und die Erstellung von Bescheinigungen werden von verschiedenen Personengruppen vorgenommen. Die Berechnung dieser Gebühr erfolgt anhand des Durchschnittsstundensatzes:

Laufbahn	Std.satz	Zeitaufwand min. in Min.	Zeitaufwand max. in Min.	Mindestbetrag	Maximalbetrag
mittlerer Dienst	44,00 €	5	40	3,67 €	29,33 €
gehobener Dienst	61,00 €	5	40	5,08 €	40,67 €

Festgesetzte Rahmengebühr von: 3,50 € bis 40,00 €

d) Beglaubigung von Schulzeugnissen

Laufbahn	Std.satz	Zeitaufwand min. in Min.	Zeitaufwand max. in Min.	Mindestbetrag	Maximalbetrag
Durchschnittsstd.satz mittlerer Dienst	44,00 €	3	45	2,20 €	33,00 €

Festgesetzte Rahmengebühr von: 2,00 € bis 33,00 €

Gebührenfestsetzung: Min. 2,00 € für Beglaubigungen bis zu 3 Seiten, für jede weitere Seite 1,00 €. (vgl. Nr. 3)

e) Ersatzweise Ausstellung eines Schülerausweises

Laufbahn	Std.satz	Zeitaufwand in Minuten	Summe
Durchschnittsstd.satz mittlerer Dienst	44,00 €	4	2,93 €
Durchschnittsstd.satz für Buchungen (Durchschnitt aus mittlere und gehobener Dienst)	52,50 €	1	0,88 €
Summe			3,81 €

Festgesetzte Gebühr: 3,50 €

3 Ausfertigungen, Abschriften, Auszüge, Ablichtungen aus den Akten des Landratsamtes

s/w Fotokopie bis Format DIN A3 je Seite

Papierkosten

DIN A4 Recycling	5,75 € pro 1000 Stück
DIN A4 weiß	4,76 € pro 1000 Stück
DIN A4 im Durchschnitt	5,25 € pro 1000 Stück
DIN A4 im Durchschnitt pro Blatt	0,0053 €

DIN A3 Recycling	11,50 € pro 1000 Stück
DIN A3 weiß	9,52 € pro 1000 Stück
DIN A3 im Durchschnitt	10,51 € pro 1000 Stück
DIN A3 im Durchschnitt pro Blatt	0,0105 €

Kosten Kopiergeräte

Gesamtkosten 2013 insgesamt:	96.307,19 €
Anzahl Kopien insgesamt:	2.581.844
Kosten Kopiergeräte pro Kopie	0,0373 €

Personalkosten

Durchschnittsstundensatz*	60,67 €
pro Kopie wird im Durchschnitt 1 Min. benötigt	
Personalkosten pro Kopie	1,0112 €

* Durchschnittsstundensatz aller Besoldungs- und Entgeltgruppen

Papierkosten pro DIN A4 Kopie	0,0053 €
Kosten Kopiergeräte	0,0373 €
Personalkosten	1,0112 €
Kosten pro DIN A4 Kopie insgesamt	1,0537 €

Papierkosten pro DIN A3 Kopie	0,0105 €
Kosten Kopiergeräte	0,0373 €
Personalkosten	1,0112 €
Kosten pro DIN A3 Kopie insgesamt	1,0590 €

Festgesetzte Gebühr s/w Fotokopie DIN A4/A3 1,00 €

Farbkopie bis Format DIN A3 je Seite

Zusätzl. Kosten Fa. Ricoh DIN A4*	0,0357 € * laut Vertrag
Zusätzl. Kosten Fa. Morgenstern DIN A 4*	0,0541 € * laut Vertrag
Zusätzliche Kosten im Durchschnitt	0,0449 €

Zusätzl. Kosten Fa. Ricoh DIN A3	0,0714 €
Zusätzl. Kosten Fa. Morgenstern DIN A 3	0,1083 €
Zusätzliche Kosten im Durchschnitt	0,0898 €

Papierkosten pro DIN A4 Kopie	0,0053 €
Kosten Kopiergeräte	0,0373 €
Personalkosten	1,0112 €
Zusätzliche Kosten (farbige Tinte)	0,0449 €
Kosten pro DIN A4 Farbkopie insgesamt	1,10 €

Papierkosten pro DIN A3 Kopie	0,0105 €
Kosten Kopiergeräte	0,0373 €
Personalkosten	1,0112 €
Zusätzliche Kosten (farbige Tinte)	0,0898 €
Kosten pro DIN A3 Farbkopie insgesamt	1,15 €

Festgesetzte Gebühr Farbkopie DIN A4/A3 1,10 €

Lichtpause

Die Berechnung dieser Gebühr erfolgt anhand des Durchschnittsstundensatzes.

Die zuständige Mitarbeiterin ist in Entgeltgr. 5 m.D. TVöD eingestuft:

Durchschnittsstundensatz Entgeltgr. 5 m.D. TVöD: 43,08 €

Für eine Lichtpause werden im Durchschnitt 20 Minuten benötigt.

20 Minuten Bearbeitungszeit ergibt rechnerisch eine Gebühr von: 14,36 €
 Festgesetzte (gerundete) Gebühr: 13,00 €

Plotterausdruck

Die Berechnung dieser Gebühr erfolgt anhand des Durchschnittsstundensatzes.

Die zuständige Mitarbeiterin ist in Entgeltgr. 9 m.D. TVöD eingestuft:

Durchschnittsstundensatz Entgeltgr. 9 m.D. TVöD: 52,02 €

Für einen Plotterausdruck werden im Durchschnitt 15 Minuten benötigt.

Dies ergibt rechnerisch eine Gebühr von:
Festgesetzte (gerundete) Gebühr:

13,01 €

13,00 €

5 Sondernutzungserlaubnis

Die Berechnung dieser Gebühr erfolgt anhand des Durchschnittsstundensatzes.
Dabei wird die Gebühr je angefangene Viertelstunde abgerechnet. Der Stundensatz gilt pro eingesetztem Mitarbeiter.

Laufbahn	Std.satz	Zeitaufwand min. in Min.	Zeitaufwand max. in Std.	Mindest- betrag	Maximal- Betrag
gehobener Dienst	61,00 €	60	18	61,00 €	1.098,00 €

Die Höhe der Gebühr orientiert sich zusätzlich zum Verwaltungsaufwand am wirtschaftlichen Interesse des Antragsstellers.

Festgesetzte Rahmengebühr von: 50,00 € bis 1.000,00 €

6 Inanspruchnahme des Kreisbauamtes

a) Gutachten und Schätzungen

b) Bautechnische, brandschutztechnische und naturschutzfachtechnische Beratung

Diese Tatbestände werden anhand des bei Nr. 8 kalkulierten Stundensatzes erhoben.

7 Inanspruchnahme der Grünflächenberatungsstelle

a) Gutachten und Pflanzpläne

Dieser Tatbestand wird anhand des bei Nr. 8 kalkulierten Stundensatzes erhoben.

b) Schätzungen mit Ausfertigungen der Urkunde

Diese Gebühr wird mit 5 % des Schätzwerts, min. jedoch 100 € festgesetzt.

c) Kurse und Seminare zur Ausbildung im Obst- und Gartenbau von mindestens ganztägiger Dauer je Teilnehmer und Tag (inkl. Unfallversicherung)

Diese Gebühr wurde in Höhe von 10,00 € festgesetzt.

Die Gebühr wird nicht nach dem tatsächlichen Aufwand erhoben. Diese geringe Gebühr stellt bewusst eine Förderung des integrativen Natur- und Landschaftsschutzes im Bereich der Streuobstwiesen dar.

Die Höhe der tatsächlich anfallenden Kosten beläuft sich auf 61,00 € je Stunde, vgl. Kalkulation Nr. 8.
Je nach Einzelfall ist ein unterschiedlicher Zeitaufwand erforderlich. Die Differenz zwischen den anfallenden Kosten und der erhobenen Gebühr werden vom Landkreis Reutlingen subventioniert.

d) Beratung vor Ort auf Anforderung

Dieser Tatbestand wird anhand des bei Nr. 8 kalkulierten Stundensatzes erhoben.

8 Stundensatz nach den Nrn. 6 und 7

Die Berechnung dieser Gebühr erfolgt anhand des Durchschnittsstundensatzes.

Durchschnittsstundensatz gehobener Dienst 61,00 € je Stunde

Dabei wird die Gebühr je angefangene Viertelstunde abgerechnet. Der Stundensatz gilt pro eingesetztem Mitarbeiter.

9 Rechnungsprüfungsamt des Landkreises

Prüfung von Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts

Die Berechnung dieser Gebühr erfolgt anhand des Durchschnittsstundensatzes.

Durchschnittsstundensatz gehobener Dienst 61,00 € je Stunde

Dabei wird die Gebühr je angefangene Viertelstunde abgerechnet. Der Stundensatz gilt pro eingesetztem Mitarbeiter.

- in EUR -

Gebührenkalkulation im Bereich der unteren Verwaltungsbehörde im Landratsamt Reutlingen
hier: Durchschnittsstundensätze Büroarbeitsplätze

Besoldungsgruppe Entgeltgruppe	Laufbahn		Personalkosten Durchschnitt inkl. Tarifsteigerung	Arbeitsplatzkosten (2) /Sachkostenpauschale	Gemeinkosten (3)	Gesamtkosten	Stundensatz in EUR/h	
	2	3					8	9
1								
Beamte (Kreis)								
A 6	m. D.	33.330,24	34.146,83	9.700,00	6.829,37	50.676,19	33,63	
A 7	m. D.	37.904,40	38.833,05	9.700,00	7.766,61	56.299,67	37,36	
A 8	m. D.	48.564,69	49.754,52	9.700,00	9.950,90	69.405,43	46,06	
A 9	m. D.	49.153,35	50.357,60	9.700,00	10.071,52	70.129,13	46,54	40,90
A 9	g. D.	40.565,92	41.559,79	9.700,00	8.311,96	59.571,74	39,54	
A 10	g. D.	60.562,88	62.046,67	9.700,00	12.409,33	84.156,01	55,85	
A 11	g. D.	64.211,05	65.784,22	9.700,00	13.156,84	88.641,06	58,83	
A 12	g. D.	69.605,34	71.310,67	9.700,00	14.262,13	95.272,81	63,23	
A 13	g. D.	81.606,16	83.605,51	9.700,00	16.721,10	110.026,62	73,02	58,09
A 14	h. D.	76.864,91	78.748,10	9.700,00	15.749,62	104.197,72	69,15	
A 15	h. D.	97.692,60	100.086,07	9.700,00	20.017,21	129.803,28	86,15	
A 16	h. D.	107.654,71	110.292,25	9.700,00	22.058,45	142.050,70	94,27	83,19
Beamte (Land) (4)								
A 9	g. D.	51.464,00	52.724,87	9.700,00	10.544,97	72.969,84	48,43	
A 10	g. D.	59.045,00	60.491,60	9.700,00	12.098,32	82.289,92	54,61	
A 11	g. D.	65.296,00	66.895,75	9.700,00	13.379,15	89.974,90	59,71	
A 12	g. D.	71.547,00	73.299,90	9.700,00	14.659,98	97.659,88	64,81	
A 13	g. D.	79.128,00	81.066,64	9.700,00	16.213,33	106.979,96	71,00	59,71
A 13	h. D.	72.079,00	73.844,94	9.700,00	14.768,99	98.313,92	65,25	
A 14	h. D.	83.517,00	85.563,17	9.700,00	17.112,63	112.375,80	74,58	
A 15	h. D.	94.955,00	97.281,40	9.700,00	19.456,28	126.437,68	83,91	
A 16	h. D.	105.462,00	108.045,82	9.700,00	21.609,16	139.354,98	92,49	79,06
Beschäftigte (Kreis)								
Entgeltgr. 5 TVöD	m. D.	42.186,84	43.376,34	9.700,00	8.675,27	61.751,61	43,08	
Entgeltgr. 6 TVöD	m. D.	46.331,89	47.638,26	9.700,00	9.527,65	66.865,92	46,65	
Entgeltgr. 8 TVöD	m. D.	47.424,06	48.761,23	9.700,00	9.752,25	68.213,48	47,59	
Entg.gr. 9 m.D. TVöD	m. D.	52.572,20	54.054,53	9.700,00	10.810,91	74.565,44	52,02	47,34
Entg.gr. 9 g.D. TVöD	g. D.	52.260,68	53.734,23	9.700,00	10.746,85	74.181,07	51,76	
Entgeltgr. 10 TVöD	g. D.	65.248,68	67.088,43	9.700,00	13.417,69	90.206,12	62,94	
Entgeltgr. 11 TVöD	g. D.	73.556,26	75.630,25	9.700,00	15.126,05	100.456,30	70,09	
Entgeltgr. 12 TVöD	g. D.	76.090,34	78.235,78	9.700,00	15.647,16	103.582,94	72,27	64,26
Entgeltgr. 13 TVöD	h. D.	88.261,54	90.186,24	9.700,00	14.037,25	93.923,49	65,53	
Entgeltgr. 14 TVöD	h. D.	82.165,51	84.482,25	9.700,00	16.896,45	111.078,70	77,50	71,52

Beschäftigte (Land) (5)	g. D.	57.578,98	9.700,00	11.515,80	78.794,77	54,27
Entgeltgr. 9 g.D. TVöD	56.000,00					
Entgeltgr. 10 TVöD	63.500,00	65.290,45	9.700,00	13.058,09	88.048,54	60,64
Entgeltgr. 11 TVöD	70.100,00	72.076,54	9.700,00	14.415,31	96.191,85	66,25
Entgeltgr. 12 TVöD	77.500,00	79.685,19	9.700,00	15.937,04	105.322,23	72,54
Entgeltgr. 13 TVöD	69.800,00	71.768,08	9.700,00	14.353,62	95.821,70	65,99
Entgeltgr. 14 TVöD	78.800,00	81.021,84	9.700,00	16.204,37	106.926,21	73,64
Entgeltgr. 15 TVöD	90.700,00	93.257,38	9.700,00	18.651,48	121.608,85	83,75
A 6 - A 9 m.D., E 5 bis E 9 m.D. TVöD						
A 9 g.D. bis A 13 g.D., E 9 g.D. bis E 12 g.D. TVöD						
A 13 h.D. - A 16 h.D., E 13 h.D. - E 15 h.D. TVöD						
						44,12
						61,37
						77,06

Pauschsätze für Sachkosten und Verwaltungsgemeinkosten eines Arbeitsplatzes laut KGSt-Bericht Nr. 1/2012 "Kosten eines Arbeitsplatzes (Stand 2012/2013)"

- (2) Sachkostenpauschale Büroarbeitsplatz mit EDV-Unterstützung: 9.700 €
 20% der durchschnittl. Personalkosten aus Spalte lfd. Nr. 4
 10% der durchschnittl. Personalkosten aus Spalte lfd. Nr. 4
 15% der durchschnittl. Personalkosten aus Spalte lfd. Nr. 4
- (3) (Verwaltungs)gemeinkosten für Büroarbeitsplatz:
 (2) Sachkostenpauschale für Nichtbüroarbeitsplatz:
 (3) (Verwaltungs)gemeinkosten für Nichtbüroarbeitsplatz:

Erläuterungen:

- (1) Die Personalkosten je Besoldungs- und Entgeltgruppe beinhalten den Jahresarbeitgeberaufwand für Dienstbezüge bzw. Entgelte einschließlich Sonderzuwendung, Versorgungsumlage, Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung incl. ZVK-Beiträge und Beihilfeumlage.
 (2) Arbeitsplatzkosten enthalten den Pauschalsatz für Sachkosten eines Arbeitsplatzes (Miete, Betrieb und Unterhaltung der Räume, Kosten für Telekommunikation, Bürousausstattung, Dienst- und Schutzkleidung, Dienstreisen und Dienstfahrten, Zeitschriften und Literatur, Büromaterial, Porto, Kopierer und die Kosten für den Einsatz von Informationstechnik) laut KGSt-Bericht "Kosten eines Arbeitsplatzes (Stand 2012/2013)".
 (3) Verwaltungsgemeinkosten: 10 % von Personalkosten für Verwaltungs-Overhead (Kosten Verwaltungsleitung, PR, Pressestelle, Kämmerer, Hauptamt, interne Steuerungsunterstützer und interne Dienstleister) und 10 % von Personalkosten für amtsinterne Gemeinkosten (Amts-Overhead: Kosten für Amtsleitung und Sekretariat, Abteilungsleitung usw. soweit nicht sachbearbeitend tätig, amtsinterne Schreib- und Registrardienste u. Ä.). Bei Nicht-Büroarbeitsplatz 15%.
 (4) Aus VwV-Kostenfestlegung des Finanzministeriums (aus Gemeindefinanzierungsstellen) (Stand 2012/2013).
 (5) Aus KGSt-Bericht Nr. 1/2012 "Kosten eines Arbeitsplatzes" (Stand 2012/2013) - Personalkostentabelle S. 25

Tarifsteigerungen:

Beschäftigte:
 zum 01.01.2013 um 1,4 %
 zum 01.08.2013 um 1,4 %

Beamte:

A 6 bis A 9 zum 01.07.2013 um 2,45 %
 A 10 und A 11 zum 01.10.2013 um 2,45 %
 ab A 12 zum 01.01.2014 um 2,45 %

Infos von Frau Gönninger per Mail am 03.12.2013 erhalten und nach Rücksprache mit Herrn Kleit eingearbeitet/ gö

Arbeitszeit einer "Normalarbeitskraft" (Vollzeit)

	Beamte (Land + Kreis)		Beschäftigte (Kreis)		Beschäftigte (Land)	
	41 Std./Woche	204,17	39 Std./Woche	204,17	39,5 Std./Woche	204,17
a) Nettoarbeitszeit						
	Tage pro Jahr*	204,17	39 Std./Woche	204,17	Beschäftigte (Land)	40 Std./Woche
	Stunden pro Tag	8,20		7,80		204,17
	Std. im Jahr	1.674		1.593		8,00
b) abzüglich Rüstzeit (10 % von Nettoarbeitszeit = Empfehlung der KGSt**) (Std.)		167,4		159,3		1.633
c) für Aufgabenerledigung zur Verfügung stehende Zeit		1.507		1.433		163,3
						1.470

Erläuterungen:

zu b) z.B. Herrichten des Arbeitsplatzes, Hoch - und Runterfahren des Arbeitsplatzrechners, Materialbeschaffung für den eigenen Arbeitsplatz, Teilnahme an der jährlich stattfindenden Personalversammlung und einen Betriebsausflug, Kaffee kochen, Toilettengänge.

* Nettoarbeitszeit laut KGSt-Bericht Nr. 1/2012 "Kosten eines Arbeitsplatzes" (Stand 2012/2013)

** Rüstzeit laut KGSt-Bericht Nr. 2/2003 "Arbeitszeit einer Normalarbeitskraft"

LANDRATSAMT REUTLINGEN TARIFORDNUNG (derzeit gültig) für die Benutzung kreiseigener Einrichtungen - Schulen und Kreismedienzentren - gültig ab 01.07.2007 A Allgemeine Geschäftsbedingungen 1. Für die Inanspruchnahme kreiseigener Einrichtungen erhebt der Landkreis privatrechtliche Entgelte nach Maßgabe nachstehenden Verzeichnisses. 2. Soweit Umsatzsteuerpflicht gegeben ist, wird die Steuer entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zusätzlich erhoben. 3. Der Schuldner hat die zur Festsetzung des Entgelts erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß und vollständig zu machen und die notwendigen Unterlagen vorzulegen. Das Landratsamt kann schriftliche Auskunft verlangen. 4. Soweit das Entgelt innerhalb eines Rahmens festzusetzen ist, bemisst sich seine Höhe nach dem persönlichen und sächlichen Aufwand sowie nach dem Umfang der Inanspruchnahme. 5. Das Entgelt wird zur Zahlung fällig mit der Bekanntgabe der Kostenrechnung an den Schuldner. Es ist an die Kreiskasse zu entrichten. Die Leistung des Landkreises kann davon abhängig gemacht werden, dass ein Vorschuss oder Sicherheit geleistet wird. 6. Soweit im Verzeichnis nichts anderes gesagt ist, sind mit dem Entgelt auch die dem Landkreis erwachsenen Auslagen abgegolten. 7. Die Stundensätze unter Nr. 6 des nachstehenden Verzeichnisses richten sich nach den jeweiligen Verwaltungsvorschriften des Finanzministeriums Baden-Württemberg über die Berücksichtigung des Verwaltungsaufwands bei der Festlegung von Verwaltungs- und Benutzungsgebühren und von sonstigen Entgelten für die Inanspruchnahme der Landesverwaltung (VwV-Kostenfestlegung), die im Gemeinsamen Amtsblatt für Baden-Württemberg veröffentlicht werden.	LANDRATSAMT REUTLINGEN TARIFORDNUNG (Vorschlag neu) für die Benutzung kreiseigener Einrichtungen - Schulen und Kreismedienzentren - gültig ab 01.09.2014 A Allgemeine Geschäftsbedingungen 1. Für die Inanspruchnahme kreiseigener Einrichtungen erhebt der Landkreis privatrechtliche Entgelte nach Maßgabe nachstehenden Verzeichnisses. 2. Soweit Umsatzsteuerpflicht gegeben ist, wird die Steuer entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zusätzlich erhoben. 3. Der Schuldner hat die zur Festsetzung des Entgelts erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß und vollständig zu machen und die notwendigen Unterlagen vorzulegen. Das Landratsamt kann schriftliche Auskunft verlangen. 4. Soweit das Entgelt innerhalb eines Rahmens festzusetzen ist, bemisst sich seine Höhe nach dem persönlichen und sächlichen Aufwand sowie nach dem Umfang der Inanspruchnahme. 5. Das Entgelt wird zur Zahlung fällig mit der Bekanntgabe der Kostenrechnung an den Schuldner. Die Leistung des Landkreises kann davon abhängig gemacht werden, dass ein Vorschuss oder Sicherheit geleistet wird. 6. Soweit im Verzeichnis nichts anderes gesagt ist, sind mit dem Entgelt auch die dem Landkreis erwachsene Auslagen abgegolten. (Ziffer 7 entfällt künftig)

B	Verzeichnis	Lfd. Nr.	Art der Benutzung	Entgelt EURO	B	Verzeichnis	Lfd. Nr.	Art der Benutzung	Entgelt EUR
1	Schulgelder		Für den Besuch der Fachschulen des Landkreises bei Vollzeit- schulen pro Semester (Halbjahr)	410	1	Schulgelder		Für den Besuch der Fachschulen des Landkreises bei Vollzeit- schulen pro Semester (Halbjahr)	410,00
			Bei Teilzeitschulen wird das vorstehende Entgelt anteilig ent- sprechend der Dauer der Schulzeit berechnet. Die Beträge werden dabei auf volle 5,00 Euro aufgerundet.					Bei Teilzeitschulen wird das vorstehende Entgelt anteilig entspre- chend der Dauer der Schulzeit berechnet. Die Beträge werden dabei auf volle 5,00 Euro aufgerundet.	
2	Vermietung von Schulräumen und -einrichtungen		Im Mietpreis eingeschlossen ist im Regelfall die Nutzung der schuleigenen Maschinen und Geräte. Verbrauchsmaterial ist im Mietpreis nicht enthalten. Grundsätzlich ist das Verbrauchsmaterial vom Mieter selbst zu stellen.		2	Vermietung von Schulräumen und -einrichtungen		Im Mietpreis eingeschlossen ist im Regelfall die Nutzung der schuleigenen Maschinen und Geräte. Verbrauchsmaterial ist im Mietpreis nicht enthalten. Grundsätzlich ist das Verbrauchsmaterial vom Mieter selbst zu stellen.	
			Für die Benutzung der Räume und Einrichtungen werden pro Unterrichtsstunde folgende Entgelte erhoben:					Für die Benutzung der Räume und Einrichtungen werden pro Unterrichtsstunde folgende Entgelte erhoben:	
	a)	Klassenzimmer		5	a)	Klassenzimmer			5,00
	b)	Werkstätten			b)	Werkstätten:			
		- mechanische Werkstätten		26		- mechanische Werkstätten			26,00
		- Werkstätten Drucktechnik		26		- Werkstätten Drucktechnik			26,00
		- Werkstätten für				- Werkstätten für			
		Bauberufe		15		Bauberufe			15,00
		Bäckerei, Konditorei		15		Bäckerei, Konditorei			15,00
		Friseurhandwerk		15		Friseurhandwerk			15,00
		Gebäudereinigungstechnik		15		Gebäudereinigungstechnik			15,00
		Textiltechnik		15		Textiltechnik			15,00
3	Fachräume:				3	Fachräume:			
	CAD-Räume			26	c)	CAD-Räume			26,00
	EDV-Räume			15		EDV-Räume			15,00
	Büro- und Schreibtechnik			15		Büro- und Schreibtechnik			15,00
	Elektrolabors			10		Elektrolabors			10,00

Lfd. Nr.	Art der Benutzung	Entgelt EURO	Lfd. Nr.	Art der Benutzung	Entgelt EUR
10	Naturwissenschaftliche Räume Textilarbeitsräume Küchen		10,00	Naturwissenschaftliche Räume Textilarbeitsräume Küchen	
8	Räume und Einrichtungen werden entgeltfrei überlassen für die Durchführung von Gesellen-, Facharbeiter- und Gehilfenprüfungen sowie für Berufswettkämpfe.		8,00	Räume und Einrichtungen werden entgeltfrei überlassen für die Durchführung von Gesellen-, Facharbeiter- und Gehilfenprüfungen sowie für Berufswettkämpfe.	
8			8,00		
4	<u>Entgelte für die außerschulische Nutzung der kreiseigenen Sportstätten und des Therapiebades</u>		4	<u>Entgelte für die außerschulische Nutzung der kreiseigenen Sportstätten und des Therapiebades</u>	
	Die Entgelte betragen pro Unterrichtsstunde (45 Min.)			Die Entgelte betragen pro Unterrichtsstunde (45 Min.)	
4.1	Kleinturnhalle des Beruflichen Schulzentrums Reutlingen Montag bis Freitag Samstag, Sonntags und an Feiertagen	5	4.1	Kleinturnhalle des Beruflichen Schulzentrums Reutlingen Montag bis Freitag Samstag, Sonntags und an Feiertagen	5,00
4.2	Sporthallen und Turnhallen je Übungseinheit (15 x 27 m) Montag bis Freitag Samstag, Sonntags und an Feiertagen	8	4.2	Sporthallen und Turnhallen je Übungseinheit (15 x 27 m) Montag bis Freitag Samstag, Sonntags und an Feiertagen	8,00
4.3	Therapiebad der Karl-Georg-Haldenwang-Schule Münsingen Montag bis Freitag	10	4.3	Therapiebad der Karl-Georg-Haldenwang-Schule Münsingen Montag bis Freitag	10,00
13			13	Das Therapiebad wird grundsätzlich nur für Behinderteneinrichtungen zur Verfügung gestellt.	13,00
10	Anmerkung: Diese Tarife gelten nur insoweit als keine gesonderten Mietverträge abgeschlossen sind.		10	Anmerkung: Diese Tarife gelten nur insoweit als keine gesonderten Mietverträge abgeschlossen sind.	10,00

5 <u>Inanspruchnahme der Kreismedienzentren</u>	5 <u>Inanspruchnahme der Kreismedienzentren</u>
5.1 Öffentliche Schulen und staatlich anerkannte Privatschulen (sofern diese die pauschalen Nutzungsgebühren an das Landesmedienzentrum entrichten) sind von den Entgelten nach Ziffer 5.5 befreit. Das gleiche gilt, wenn die Kreismedienzentren zu Zwecken der Jugend- und Erwachsenenbildung (z.B. Vereine, Seniorencлубs) in Anspruch genommen werden. Eine gewerbliche oder im Interesse Einzelner liegende Inanspruchnahme ist aber stets entgeltspflichtig.	5.1 Öffentliche Schulen und staatlich anerkannte Privatschulen (sofern diese die pauschalen Nutzungsgebühren an das Landesmedienzentrum entrichten) sind von den Entgelten nach Ziffer 5.5 befreit. Das gleiche gilt, wenn die Kreismedienzentren zu Zwecken der Jugend- und Erwachsenenbildung (z.B. Vereine, Seniorencлубs) in Anspruch genommen werden. Eine gewerbliche oder im Interesse Einzelner liegende Inanspruchnahme ist aber stets entgeltspflichtig.
5.2 Die Entgelte nach Ziffer 5.5 werden nach der Dauer der Abwesenheit der Gegenstände von dem Medienzentrum bemessen. Jeder angefangene Arbeitstag zählt voll. Arbeitsfreie Tage (z.B. Samstag, Sonntag und Feiertage) sowie der Rückgabetag, soweit die Rückgabe vormittags erfolgt, werden nicht angerechnet.	5.2 Die Entgelte nach Ziffer 5.5 werden nach der Dauer der Abwesenheit der Gegenstände von dem Medienzentrum bemessen. Jeder angefangene Arbeitstag zählt voll. Arbeitsfreie Tage (z.B. Samstag, Sonntag und Feiertage) sowie der Rückgabetag, soweit die Rückgabe vormittags erfolgt, werden nicht angerechnet.
5.3 Bei Überschreitung der festgelegten Verleihzeiten kann für jeden weiteren Tag pro Gerät oder Medium zusätzlich zum normalen Entgelt ein Entgelt in Höhe von 5,00 EUR berechnet werden.	5.3 Bei Überschreitung der festgelegten Verleihzeiten kann für jeden weiteren Tag pro Gerät oder Medium zusätzlich zum normalen Entgelt berechnet werden
5.4 Für Leihvorgänge und Dienstleistungen, die nicht in dieser Tarifordnung erfasst sind, kann der Leiter des Kreismedienzentrums in Anlehnung an die vorliegenden Sätze der Tarifordnung ein Entgelt in Höhe von 3,00 EUR bis 120,00 EUR festsetzen.	5.4 Für Leihvorgänge und Dienstleistungen, die nicht in dieser Tarifordnung erfasst sind, kann der Leiter des Kreismedienzentrums in Anlehnung an die vorliegenden Sätze der Tarifordnung ein Entgelt von 3 bis 50 festsetzen.
Lfd. Nr. Art der Benutzung 5.5 Entgeltsätze je Tag für den Verleih von a) <u>Projektionstechnik:</u> Diaprojektoren Dokumentenkameras	Entgelt EURO 15 30
Entgelt EUR 15,00 15,00	

15	Overheadprojektoren	15,00
15	Super-8mm-Projektoren	15,00
50	16mm-Projektoren	50,00
100	Daten- und Videoprojektor	50,00-100,00
b)	<u>Video / Foto:</u> VHS/ DVD Player Monitor mit VHS- Player Digitale Videokameras Digitale Fotokameras Videoschnittsysteme	20,00 20 50 30 120
c)	<u>Tonaufnahme- und Wiedergabegeräte:</u> MC-Recorder/CD-Player mit integriertem Verstärker und Lautsprecher Digitale Tonaufzeichnungssysteme Mikrofon mit Zubehör	30 20 10
d)	<u>Bildwände und Projektionszubehör:</u> Gestell-Leinwand 3 x 3 m Ständer-Leinwand Video / Fotostativ	30 15 10
e)	<u>Film- und Bildmaterial</u> 16-mm-Film, Rolle bis 300 m 16-mm-Film, Rolle über 300 m Videokassetten Diareihen, Tonbildreihen, Folienbücher DVD, CD-Rom, DVD-Rom, Medienpakete	15 25 10 5 15
f)	Inanspruchnahme von Personal des Kreismedienzentrums für Vorführungen von Filmen oder Lichtbildern samt Geräteauf- und -abbau und Zeitaufwand für Fahrten 1 Stundensatz nach lfd. Nr. 6 Fahrkosten pro km	0,40
g)	Ausbilden an Film oder Videogeräten je Teilnehmer	15
h)	Ausbilden an Film oder Videogeräten je Teilnehmer	15,00
b)	<u>Video/Bildtechnik:</u> VHS/DVD Player Videokameras (je nach Leistungsklasse) Digitale Fotokameras (je nach Leistungsklasse) Filmschnittsysteme (je nach Leistungsklasse)	20,00 30,00-50,00 10,00-30,00 50,00-120,00
c)	<u>Audiotechnik:</u> Lautsprecher mit integriertem Verstärker und CD/USB-Player (je nach Leistungsklasse) Digitale Audio-Recorder/Player Mikrofon mit Zubehör (je nach Leistungsklasse)	30,00-50,00 20,00 10,00-50,00
d)	<u>Zubehör:</u> Gestell-Leinwand, versch. Größen Ständer- bzw. Cassetten-Leinwand Video / Fotostativ Beleuchtungstechnik (je nach Ausstattung)	30,00-50,00 15,00 10,00 15,00-80,00
e)	<u>Sonstiges</u> GPS-Einzelgerät GPS-Koffer mit 4 Geräten	10,00 30,00
f)	<u>Medien:</u> 16-mm-Film Videokassetten Diareihen, Tonbildreihen, Folienbücher DVD, CD-ROM, DVD-ROM, Medienpakete	15,00 10,00 5,00 15,00
g)	Inanspruchnahme von Personal des Kreismedienzentrums für Vorführungen von Filmen oder Lichtbildern samt Geräteauf- und -abbau und Zeitaufwand für Fahrten Fahrkosten pro km	1 Stundensatz nach lfd. Nr. 6 0,40

Lfd. Nr.	Art der Benutzung	Entgelt EURO	Lfd. Nr.	Art der Benutzung	Entgelt EUR
6	<u>Stundensatz</u>	Der volle Stundensatz (vgl. Ziffer Nr. 7 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen) nach lfd. Nr. 2.1 beträgt derzeit	6	<u>Stundensatz</u>	
	- für Personalkosten:	Einfacher Dienst Mittler Dienst Gehobener Dienst Höherer Dienst		Der volle Stundensatz (Personal-, Sach- und Gemeinkosten) beträgt derzeit für den Mittleren Dienst Gehobenen Dienst Höheren Dienst	44,00 61,00 77,00
	- für Sachkosten:	Raumkosten (soweit erforderlich) pro Arbeitsstunde Sonstige Sachkosten (soweit erforderlich) Für Arbeitsplatzgrundausrüstung - einfacher, mittlerer und gehobener Dienst pro Arbeitsstunde - höherer Dienst pro Arbeitsstunde Sächlicher Verwaltungsaufwand pro Arbeitsstunde		Diese Sätze gelten auch für Beschäftigte vergleichbarer Lohn- und Vergütungsgruppen.	
		Diese Sätze gelten auch für Beschäftigte vergleichbarer Lohn- und Vergütungsgruppe			